



USA
starten größtes
Manöver in Europa
seit 25 Jahren
Politik

IHK-Präsident will schnellere Entscheidungen

Ein Gesetz soll die Grundlagen schaffen.

Von Andreas Schweiger

Braunschweig. In Deutschland dauern viele Entscheidungen – etwa zum Ausbau der Infrastruktur – deutlich zu lange. Diese Meinung vertritt Helmut Streiff, Präsident der Industrie- und Handelskammer (IHK) Braunschweig. Im Interview mit unserer Zeitung forderte er daher ein Planbeschleunigungsgesetz. „Es sollte gesetzlich dafür gesorgt werden, dass das allgemeine Interesse über dem Einzelinteresse steht und es deshalb zum Beispiel nur noch ein Verfahren gibt, in dem Widersprüche und Einwände gegen eine Planung abgearbeitet werden – und das final und nicht wie bisher in einer Art Endlosschleife“, sagte er. Wegen zu langer Verfahren habe das Verständnis für Politik stark abgenommen. Streiff: „Ich appelliere daher an die Politik, den Bürgern zu zeigen, dass es auch anders geht.“

Die IHK Braunschweig empfängt heute Abend in Ilsede im Kreis Peine etwa 1000 Gäste zu ihrem Neujahresempfang. **Wirtschaft**

AUCH DAS NOCH

Fläschenspülen mit dem Akkuschauber

Ohne Geschirrspüler ist der Abwasch selbst bei einer Kleinfamilie häufig eine zeitraubende Sache. Wie muss das erst bei Drillingen sein? Aerol Peterson aus Nebraska hat dafür eine denkbar einfache Lösung gefunden, für die ihn das Netz seit Tagen feiert. Tatsächlich ist die Idee mehr als simpel: Peterson hat schlicht eine Flaschenbürste auf einen Akkuschauber gesteckt und spart so nun jede Menge Zeit, die seinen sieben Monate alten Drillingen zu Gute kommt.

WETTER



KONTAKT

Abonnement 0800/0 77 11 88 20*
Anzeigen 0800/0 77 11 88 21*
Ticket-Hotline 05 31/1 66 06
Redaktion 05 31/3 90 00
E-Mail Vertrieb@bzv.de
Online-Servicecenter
https://aboservice.braunschweiger-zeitung.de
(*kostenlos)

Braunschweiger Waisenhaus-Projekt in Kenia startet Bildungsfonds



Der Verein Malaika setzt sich dafür ein, dass die Jugendlichen ihr Potenzial so gut wie möglich ausschöpfen können.

Lokalteil

Urteil rechtskräftig: Salzgitters AfD-Chef beging Volksverhetzung

Michael Grögers Revision wurde abgelehnt. Parteichefin Dana Guth geht auf Distanz.

Von Michael Kothe und Erik Westermann

Salzgitter. Der Kreisvorsitzende der AfD Salzgitter, Michael Gröger, gilt seit Montag als vorbestraft. Der 1. Strafsenat des Oberlandesgerichts (OLG) Braunschweig hat die Verurteilung des Politikers wegen Volksverhetzung für rechtskräftig erklärt und die von ihm eingelegte Revision gegen das Urteil als unbegründet zurückgewiesen. Das teilte Gerichtssprecherin Andrea Tietze auf Anfrage unserer Zeitung mit.

Die AfD hielt sich gestern mit ersten Stellungnahmen zurück. „Eine neue Lage ist entstanden“, erklärte Jürgen Pastewsky, Vize-Vorsitzender des Kreisverbands. Die Partei könne sich aber noch nicht abschließend äußern. Mögliche Konsequenzen aus dem OLG-Beschluss müssten noch mit dem Vorstand ab-



AFD-Kreisverbandschef Michael Gröger. ARCHIVFOTO: COMES

gesprochen werden. Allerdings sei die vorliegende Entscheidung des OLG „mit einer Wahrscheinlichkeit von mehr als 50 Prozent zu erwarten“ gewesen.

Auslöser der Rechtsstreitigkeit, die sich nun seit knapp einem Jahr hinzieht, war ein Gedicht, das Gröger vom 12. Mai bis Oktober 2017 auf seiner öffentlich einsehbaren Facebook-Seite gepostet hatte, und das nach Ansicht des Gerichts Asylbewerber auf verächtliche Art und Weise herabwürdigte. So umschreibt sie der Kreis-Chef als Dealer und Faulenzer, die sich auf Kosten des „deutschen Depps“ bereichern.

Knapp zwei Jahre später kassierte Gröger die Rechnung. Im März 2019 verurteilte ihn das Amtsgericht Salzgitter wegen Volksverhetzung zu einer Freiheitsstrafe von vier Monaten zur Bewährung. Gröger sprach anschließend von einem „politischen Schauprozess“. Er legte gegen das Urteil Berufung ein, erntete jedoch auch hier eher Nachteile. Denn auch die kleine Kammer des Landgerichts Braunschweig blieb im Juli 2019 bei dem Strafmaß, hob jedoch die Höhe der Bewährungsaufgabe von 600 auf 2500 Euro

an: Zahlbar in Raten an die Flüchtlingshilfe. Das Gericht hegte in seiner Begründung „keinen Zweifel“ daran, dass Gröger das Gedicht verbreitet und über Monate bewusst auf der Seite belassen habe. Es sei eindeutig volksverhetzend.

Daraufhin distanzierte sich Gröger zwar halbherzig von dem Gedicht, empfand den Inhalt aber als „sehr pointiert“. Doch nun ist auch sein zweiter Versuch gescheitert, gegen die gerichtliche Entscheidung vorzugehen.

Inzwischen ist zumindest der Landesverband auf Distanz zu Gröger gegangen: Vorsitzende Dana Guth sagte gestern, eine Verurteilung wegen Volksverhetzung sei kein Kavaliärsdelikt. „Wir werden das Urteil im Landesvorstand eingehend beraten und dann gegebenenfalls parteiinterne Maßnahmen ergreifen“, kündigte sie an.

Siemens hält an Zulieferung für Kohlemine fest

Umweltschützer laufen Sturm gegen den umstrittenen Auftrag des Industriekonzerns in Australien.

München. Umweltschützer machen weiter Front gegen die Entscheidung von Siemens, an der Lieferung einer Zugsignalanlage für ein umstrittenes Kohlebergwerk in Australien festzuhalten. Die Klimaaktivisten von Fridays for Future kündigten Proteste für die Siemens-Hauptversammlung am 5. Februar an. Bis Montagabend seien zudem insgesamt 15 Demonstrationen gegen das Dax-Unternehmen geplant.

Grünen-Chefin Annalena Baerbock sagte, sie habe sich ein anderes Signal erhofft – auch, weil das Auftragsvolumen für Siemens relativ gering sei. Der Konzern hätte sich „rausverhandeln“ oder Vertragsstrafen in Kauf nehmen können,

„weil der Rufschaden, der jetzt mit dieser Entscheidung einhergeht, wesentlich größer ausfallen dürfte“. Der Fall mache deutlich, dass es im Aktienrecht und den Bilanzierungsregelungen für Unternehmen nicht mehr nur um Gewinnmaximierung gehen dürfe, sondern auch Nachhaltigkeitsziele verankert werden müssten.

Siemens-Chef Joe Kaeser hatte am Sonntagabend nach einer erneuten Prüfung verkündet, am Auftrag des Industriekonzerns Adani festhalten zu wollen – trotz heftiger Kritik. Er begründete dies unter anderem damit, dass Siemens zu seinen vertraglichen Pflichten stehen müsse. Siemens will als Konse-

quenz aus der Debatte ein Nachhaltigkeits-Komitee einrichten, das problematische Projekte stoppen soll.

Noch am Freitag hatte sich der Spitzenmanager mit der Fridays-



for-Future-Aktivistin Luisa Neubauer getroffen. Diese kritisierte die Entscheidung am späten Sonntagabend als „unentschuldbaren Fehler“. „Auf diesen Vertrag zu pochen, während Australien brennt und alle Konsequenzen für Mensch und Umwelt bekannt sind, ist Wahnsinn“, sagte sie. Ihr Mitstreiter Nick Heubeck betonte im Bayerischen Rundfunk: „Siemens muss sich bewusst sein, und das soll auch ein Zeichen an die anderen Unternehmen in Deutschland sein, dass man eben nicht öffentlich zu Klimaschutz stehen kann und dann trotzdem Entscheidungen treffen kann, die nicht in dieses Jahrhundert passen.“ **dpa** **Debatte, Antworten**

Marke VW steigert 2019 Auslieferungen

Wolfsburg. Die Marke VW hat das vergangene Jahr mit einem kleinen Verkaufsplus abgeschlossen. Weltweit lieferte sie nach eigenen Angaben von Januar bis Dezember knapp 6,28 Millionen Autos aus, 0,5 Prozent mehr als im Jahr 2018. In einem bis dahin durchwachsenen Jahr setzte der Dezember einen starken Schlusspunkt. Gegenüber dem Vorjahresmonat verbesserte die Marke VW ihre Verkäufe weltweit um 13,8 Prozent. Einen großen Anteil an diesem Ergebnis hat China, wo die Wolfsburger im Dezember ihre Auslieferungen um 22,2 Prozent steigerten. **wei** **Wirtschaft**

Minister Hilbers setzt auf digitale Bons

Hannover. Niedersachsens Finanzminister Reinhold Hilbers hat sich für digitale Kassenbons zur Umsetzung der umstrittenen Bonpflicht ausgesprochen. „Ich setze auch mittelfristig auf technologische Lösungen, die die Belegausgabepflicht überflüssig machen“, sagte der CDU-Politiker. „Wir machen das ganz sicherlich nicht, um Menschen zu ärgern oder eine Zettelwirtschaft zu erzeugen.“ Schon heute gebe es Systeme, die den Kassenbeleg aufs Handy übermitteln können. **ah** **Debatte, Niedersachsen**

Erdogan kommt zum Berliner Libyen-Gipfel

Moskau. Die Konfliktparteien in Libyen sind in Moskau zu Verhandlungen über eine mögliche Friedenskonferenz in Berlin zusammengekommen. Dazu reisten Vertreter des Landes im Norden Afrikas, in dem seit Jahren ein Bürgerkrieg tobt, am Montag in die russische Hauptstadt. Nach Berichten türkischer Medien soll der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan bereits am kommenden Sonntag zu Libyen-Gesprächen nach Deutschland reisen. **dpa** **Politik**

